

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 381

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 5 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Max Hippenmeyer, GR Uwe Klein, Patrick Freund, Emil Job, Erich Schwob
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2007	2583
2.	Beantwortung des Postulats von H. Schiltknecht vom 22. September 2003 (Nr. 2279) betr. „Leistungen der Gemeindeverwaltung ohne gesetzliche Grundlage“	2279
3.	Finanzplan Spezialfinanzierung Abfall 2009 – 2013	2578
4.	Altersleitbild der Gemeinde Pratteln	2581
5.	Bewilligung eines Kredites von CHF. 1'807'600.-- für den Bau Kreisel Knoten Kunimatt	2582
6.	Postulat aller Fraktionen betr. „Für die Straffung des Terminplans für Abstimmungs- und Propaganda-Versände Gemeinde Pratteln 2008 – 2009“	2579
7.	Postulat von Ch. Zwahlen betr. „Beitrag an Gemeinde für Strassenschäden“	2580
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Christian Schäublin als Präsident des Einwohnerrates begrüsst zur 381. Sitzung und insbesondere Patrick Weisskopf, der für Petra Ramseier nachgerutscht ist und Dominik Holenstein, der Mandana Roozpeikar nachfolgt. Weiter teilt er mit, dass die beiden zurückgetretenen Mitglieder des Einwohnerrates Petra Ramseier und Mandana Roozpeikar auf den „Mörser“ verzichten und den Betrag einer gemeinnützigen Institution spenden.

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat der CVP-Fraktion betr. „Wiedereinführung der GRATIS-Sperrgutabfuhr in Pratteln“
 - Motion der SP-Fraktion betr. „Langsamverkehr“
 - Interpellation von Gert Ruder betr. „Gesperrte Kraftwerkstrasse“
-

Geschäft Nr. 2583

Bericht der GPK zum Amtsbericht 2007

Aktenhinweis

- Amtsbericht 2007
- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2007 vom 30. November 2008

Kurt Lanz als Präsident der GPK: Der Bericht der GPK enthält alle relevanten Informationen und habe keine weiteren Bemerkungen dazu. Fragen zum Bericht der GPK sind an mich zu richten und Fragen zum Amtsbericht an den Gemeinderat.

Urs Hess: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wir danken der GPK für die nicht immer einfache Arbeit gerade in einem Jahr mit grossem Wechsel. Wir bedauern, dass der Bericht eigentlich zu spät ist; aber auch wenn er 1 Monat früher gekommen wäre, ist es immer noch zu spät. Es kann doch nicht sein, dass wir eine solche Geschichtsschreibung immer erst nach 1 Jahr haben. Ich weiss, dass dies gemäss Reglement ist aber man muss sich überlegen, ob wir das nicht etwas verkürzen wollen, denn das Jahr 2007 ist nun schon 1 Jahr vergangen. Wir haben festgestellt, dass GPK und Gemeinderat einen Bericht vom Kreisschulrat für den Amtsbericht verlangt haben. Ist dies überhaupt rechtens? Meinem Erachten nach ist der Kreisschulrat der Regierung unterstellt und nicht dem Gemeinderat und daher nicht unbedingt dem Gemeinderat verpflichtet, einen Amtsbericht zu machen. Auf der anderen Seite wird der Kreisschulrat von der Gemeinde bezahlt; vielleicht kann die GPK noch etwas Auskunft geben. Ansonsten stimmen wir den Anträgen zu.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten und möchte an erster Stelle den Verwaltungsangestellten und den am Amtsbericht involvierten Personen danken. Dies auch der GPK, die Alles für uns geprüft hat. Auch wir finden es schade, dass es nicht möglich ist, den Amtsbericht im noch laufenden Jahr zu behandeln. Als ich noch in der GPK war, haben wir die Bearbeitung des Amtsberichtes in Angriff genommen und auch Empfehlungen an den Gemeinderat gerichtet. Die Idee war, den Amtsbericht modularartig zu erstellen und auch sehr schnell Ergänzungen in den einzelnen Modulen anzubringen. So konnte man mit wenig Aufwand den Bericht wieder Aktualisieren. Ich hoffe, dass man zur Erleichterung derjenigen Personen, die das am Schreibtisch verfassen müssen, in dieser Richtung weiter wirkt und den Amtsbericht etwas früher behandeln kann. Dies ist eine Bitte –und nochmals vielen Dank.

Yvonne Meier: Auch wir von der SP-Fraktion haben den Bericht zu Kenntnis genommen und sind für Eintreten. Wir danken der GPK für ihre wertvolle Arbeit, die wir sehr zu schätzen wissen und schliessen uns dem Dank an die Verfasser an.

Christin Schäublin stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Kurt Lanz als Präsident der GPK: Kurz zu den Bemerkungen von Stefan Löw und Urs Hess. Es ist richtig, es ist schwierig den Amtsbericht von 2007 im Jahr 2009 zu behandeln. Wir hatten ja einen Legislaturwechsel und logischerweise konnte die alte GPK den Amtsbericht nicht mehr behandeln und die neue GPK konnte erstmals im August 2008 zusammenkommen. Im August war Niemand zu finden, der sich ins

Zeug legen konnte. Wir konnten den Bericht im August und September behandeln und den Fragenkatalog für an den Gemeinderat entwickeln. Am 6. November 2008 war eine Sitzung mit dem Gemeinderat und eventuell hätte es auch noch auf die Dezembersitzung gereicht. Auch dann wäre es noch relativ spät gewesen. Dies alles hängt mit dem Legislaturwechsel zusammen. Was den Kreisschulrat betrifft, hat Urs Hess festgestellt, dass es relativ schwer ist. Der GPK käme es auch nicht in den Sinn, einen Bericht vom Gymnasium zu verlangen, auch dieses ist dem Regierungsrat unterstellt und die Beschwerdeinstanz vom Kreisschulrat ist auch der Regierungsrat. Der springende Punkt ist, dass die Kinder hier in die Sekundarschule gehen und aus diesem Grund bedauern wir, dass im Amtsbericht nichts darüber steht; es betrifft ja die Leute von Pratteln. Wir werden sehen, ob es eine Möglichkeit gibt, sich zu arrangieren.

Elisabeth Schiltknecht: Das Sitzungsgeld des Kreisschulrates wird vom Kanton bezahlt und nicht durch die Gemeinde. Information über Schülerzahlen, Anzahl Lehrer usw. sind in einer Berichterstattung denkbar aber sicher nicht über die Schule oder den Schulrat selber.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Der Abschreibung des Geschäftes 1576 Motion von Heinz Schiltknecht betr. "Finanzplanung" wird zugestimmt.
2. Der Abschreibung des Geschäftes 1693 Postulat von Felix Knöpfel betr. „bessere Ausnützung der gemeindeeigenen Räume für Sport, Kultur und Freizeit“ wird zugestimmt.
3. Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2007 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2279

Beantwortung des Postulats von Heinz Schiltknecht vom 22. September 2003 (Nr. 2279) betr. „Leistungen der Gemeindeverwaltung ohne gesetzliche Grundlage“

Aktenhinweis

- Postulat von Heinz Schiltknecht vom 22. September 2003 betr. „Leistungen der Gemeindeverwaltung ohne gesetzliche Grundlage“
- Antrag des Gemeinderates vom 2. Dezember 2008

GP Beat Stingelin: Das Postulat datiert vom 22. September 2003 mit Überweisung am 23. Januar 2006. Das Postulat hat einige Arbeit ausgelöst und sie sehen, dass die Verwaltung umfangreich zusammengetragen hat, was im Postulat gefordert wurde und dies ergab einen ansehnlichen Katalog. Tatsächlich weiss man in den einzelnen Abteilungen, was gemacht wird; es ist aber auch gut, dass man es auch einmal in dieser Form vor Augen hat. Zudem ist es eine gute Vorarbeit für das Postulat der SVP „Internes Kontrollsystem“ und darauf kann man aufbauen. Wir sind der Meinung, das Postulat genügend beantwortet zu haben und bitten um Abschreibung.

Urs Schneider: Wir sind auch der Meinung, dass das Postulat zur Genüge beantwortet wurde. Es ist sehr umfangreich und sehr aussagekräftig. Das Postulat datiert von

2003 und die Einwohnerratspräsidenten wären für eine zeitgerechte Überweisung in einem Monat verantwortlich gewesen. Zum Anderen war auch der Gemeinderat gefordert und es hat 3 Jahre gedauert und ist gut herausgekommen. Man muss sich schon fragen, ob es Sinn macht, so viel Aufwand zu betreiben für die Beantwortung eines Postulates. Ich sehe es gleich wie GP Beat Stingelin: Ich glaube, es hat der Verwaltung etwas gebracht, die verschiedenen Abläufe zu hinterfragen und zu überprüfen, ob alles nach gesetzlichen Vorschriften abläuft. Der Verwaltung möchte ich herzlichen Dank sagen und natürlich sind wir für Abschreiben des Postulates.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion schliesst sich diesem Dank an. Wir waren uns bei der Überweisung des Geschäftes bewusst, was für einen Aufwand wir der Verwaltung aufbürden. Der Gemeinderat wollte das Geschäft einstimmig übernehmen und bearbeiten. Es bleibt uns übrig, dies zur Kenntnis zu nehmen und zu verdanken. Es ist vielleicht nicht genau das, was wir erwartet hatten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass bei allen Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung eine gesetzliche Grundlage besteht und man nicht unbedingt notwendige Tätigkeiten in Detail suchen müsste. Wir danken und möchten das Postulat abschreiben.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Zusammenstellung. Diese gibt einen guten Überblick über das, was die Gemeinde macht und es kann auch im Sinne eines Nachschlagewerkes verwendet werden. Eine solche Zusammenstellung kann niemals vollständig sein und es ist wünschenswert, diese laufend aktuell zu halten. An der Faktionssitzung haben wir die Frage etwas umformuliert und uns gefragt, welche Leistungen die Gemeinde von Gesetzes wegen erbringen muss, aber hier nicht aufgelistet sind. Wir sind im Bereich Umweltschutz fündig geworden. Dort gibt es das eidgenössische Natur- und Heimatschutzgesetz mit Stand vom Januar 2008, vom Kanton her müsste man das Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz aufführen mit den Verordnungen und auf Gemeindestufe ist ein gutes Reglement vergessen gegangen, nämlich unsere kommunale Umweltschutzverordnung, die sehr viel gute Sachen enthält. Es hat für uns den Anschein ergeben, dass genau das fehlt, was der Gemeinderat in den letzten Jahren nicht viel gemacht hat und jetzt sicher dahinter gehen wird und in diesem Sinn sehen wir das Postulat als erfüllt an.

Kurt Lanz: Auch die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die sehr ausführliche Antwort. Es steht hier tatsächlich viel darin und bei einem solch umfangreichen Papier ist klar, dass es etwas länger geht als 1 oder 2 Monate und wenn tatsächlich nicht alle gesetzlichen Grundlagen erwähnt sind, möchten wir trotzdem beibehalten, dass der Gemeinderat Gratulationsschreiben verfasst und Jubilare besucht. Auch die SP-Fraktion stimmt der Abschreibung zu.

Rudolf Meury: War dies wirklich der Auftrag, den wir überwiesen haben? Im Prinzip hiess es „Leistungen der Gemeindeverwaltung ohne gesetzliche Grundlage“. Jetzt wurde es umgedreht und es wurden sämtliche Tätigkeiten untersucht, ob eine gesetzliche Grundlage dafür vorliegt. Wir zweifeln, ob der damit verbundene Riesenaufwand Sinn macht. Man hat ein Papier produziert und was hat man unter dem Strich? Natürlich kann man es für weitere Schritte, Controlling usw. gebrauchen. Dieses Papier wandert in eine Schublade und damit hat sich's. Ich will nicht wissen, was dies gekostet hat; es ist eine Riesengeschichte. Ich habe nicht gesucht „Machen wir eine Tätigkeit ohne gesetzliche Grundlage?“ dies wird sicher nicht darin stehen. Wir sind der Meinung, dass man zu viel gemacht hat. Man hätte auf einer Seite schreiben können „Keine Tätigkeiten ohne gesetzliche Grundlage“. Wir sind aber auch für Abschreiben des Postulates.

GP Beat Stingelin: Frage 1 lautet „Wer erbringt welche Leistungen auf Grund von welchen gesetzlichen Grundlagen?“. Das müssen wir einzeln aufschreiben, sonst hät-

ten alle Fraktionen gesagt, Das oder Jenes habt Ihr vergessen wie es die Grünen für uns gemacht haben.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2279 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2578 Finanzplan Spezialfinanzierung Abfall 2009 – 2013

Aktenhinweis

- Finanzplan Abfall 2009 – 2013
- Antrag des Gemeinderates vom 2. Dezember 2008

Philippe Doppler als Präsident RPK: Den Finanzplan Abfall muss man wohl unter dem Motto „RPK sei Dank“ betiteln. Wie im Bericht des Gemeinderates zu lesen ist, kann für 2010 eine Gebührensenkung in Betracht gezogen werden. Ohne Intervention der damaligen RPK hätte der Gemeinderat die einfachste Möglichkeit der Sanierung der Abfallrechnung gewählt, nämlich eine Gebührenerhöhung unter Beibehaltung der schwarzen Abfallsäcke. Der Vorschlag der damaligen RPK wurde breit diskutiert und die RPK wollte eine Wiedereinführung der farbigen Abfallsäcke. Dies hatte nicht nur zu einer Sanierung der defizitären Abfallrechnung geführt sondern auch zu einer voraussichtlichen Senkung der Gebühren, weil es mutmassliche Entsorgungskriminellen nicht mehr möglich ist, Säcke illegal zu entsorgen, weil man sie dann sieht. Folge dieser Massnahme sind Mehreinnahmen in der Abfallkasse und damit eine positive Entwicklung des Eigenkapitals, wie man schön im Finanzplan sieht. Im Namen der RPK danke ich dem Gemeinderat für die Erstellung und Nachreichung des Finanzplanes und warte auf die Budgetierung 2010 und auf einen Vorschlag zur Gebührensenkung. Die RPK hat bewusst auf einen Bericht verzichtet weil sämtliche von der RPK gewünschten Punkte im Finanzplan ersichtlich sind. Die RPK beantragt Eintreten und Zustimmung.

Urs Hess: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und auch für Genehmigung des Finanzplanes. Der Präsident der RPK hat schon gesagt „Zum Glück haben wir die RPK“ und so ist die Abfallrechnung ins Lot gekommen. Dies ist etwas, was der Gemeinderat nicht fertig gebracht hat und wir können den Finanzplan so genehmigen.

Christoph Zwahlen: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten. Es wäre schön gewesen, wenn wir diesen Plan schon beim Budget gehabt hätten. Eine Gebührensenkung im Budget 2010 wäre zwar schön, hätte aber zum Nachteil, dass man jedes Jahr an irgendwelchen Parametern schraubt und man sollte es 1 oder 2 Jahre laufen lassen, sodass man die Tendenz ohne äussere Einflüsse verfolgen kann. Und wenn es dann immer noch gleich bleibt, kann man die Gebühren auf 2011 senken.

Kurt Lanz: Wenn ich den Ertragsüberschuss anschau, war dieser Ertragsüberschuss früher tatsächlich negativ und der Ertragsüberschuss 2007 war relativ hoch, nimmt aber immer ab, weil die Entsorgungskosten dauernd zunehmen. Wenn wir nun mit die Gebühren senken, nimmt der Ertragsüberschuss noch mehr ab und es stellt sich die Frage „Wie lange können wir mit den Gebühren unten bleiben, bis wir sie wieder anheben müssen?“ Hat sich die RPK dazu Gedanken gemacht? Im Jahr 2012 beträgt der Überschuss gerade nach CHF 35'000 und weiter hinten kann ich es nicht mehr lesen.

Mario Puppato: In der FDP-Fraktion haben wir uns auf Aussagen der RPK basiert und uns mit dieser kurzgeschlossen und Eintreten und Zustimmung beantragt. Ich habe befürchtet, dass es losginge „Ja was ist mit dieser Zahl, ist 1% mehr gerechtfertigt; ist es wirklich wahr, dass die Entsorgung mehr kostet usw.“ Wir sehen hier ein Gesamtbild; ein Finanzplan ist keine Rechnung. Ein Finanzplan zeigt einen Trend auf und dieser ist positiv. Daher haben wir gesagt, dass die Überlegungen nachvollziehbar sind, ohne im Einzelnen auf die Zahlen einzutreten. Wir haben einer Senkung der Abfallgebühren noch nicht zugestimmt; der Antrag dazu ist nicht da. Aber wir beantragen Eintreten, Zustimmung zum Finanzplan und alles Andere später in Zukunft.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Finanzplan Spezialfinanzierung Abfall 2009 – 2013 wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2581 Altersleitbild der Gemeinde Pratteln

Aktenhinweis

- Altersleitbild der Gemeinde Pratteln
- Antrag des Gemeinderates vom 16. Dezember 2008

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich freue mich, Ihnen das Altersleitbild vorzustellen. Es hat lange gedauert, aber in der Zwischenzeit hat das Altersgesetz geändert und auf dieser neuen Basis konnte nun das Altersleitbild ausgearbeitet werden. Mit dem Leitbild soll beschrieben werden, welche Ziele wir erreichen wollen, was bereits vorhanden ist, wo Koordination notwendig ist, welche Präventionsmassnahmen gebraucht werden. Wichtig ist, dass auch der Bevölkerung bewusst wird, was es heisst, alt zu werden und welche Aufgaben die Gemeinde in diesem Bereich hat. Schwierig waren Prognosen, diese wechseln jedes Jahr und wir kennen die Entwicklung der Bevölkerung nicht genau und die Bevölkerung in Pratteln hat eine andere Zusammensetzung als der Durchschnitt der Schweiz. Eine genaue Voraussage ist also auf Gemeindeebene sehr schwer. Wir kennen auch die Fluktuationen nicht: Kommen beispielsweise mehr Leute aus dem Oberbaselbiet im Alter nach Pratteln weil es so schön eben ist und gute Bahnverbindungen aufweist? Wir kennen auch die sich ändernden Lebensgewohnheiten nicht. Wichtig war der Arbeitsgruppe, klar darauf hinzuweisen, dass jeder für sein Alter selber verantwortlich ist, wie er wohnt, wie er lebt, wie viel Gesundheitsvorsorge er betreibt und wie er seine Freizeit gestaltet. Die Gemeinde als solche hat auch Aufgaben. Sie hat gesetzliche Aufgaben d. h. sie ist verpflichtet eine Informationsstelle zu haben und die Gemeinde muss dafür sorgen, dass eine Pflege zu Hause und in den Heimen ambulant und stationär vorhanden ist. Die Gemeinde muss Beiträge an Aufenthalte und Pflege leisten, wenn dies aus eigenen Mitteln nicht möglich ist. Die Gemeinde muss nicht „Alles“ machen, dass Jemand denkt, die Gemeinde schaut schon, wenn ich alt bin, was ich mache und wo ich bin. Die Gemeinde kann unterstützen, ebenfalls Institutionen, Bestrebungen fördern und für sichere Trottoirs sorgen. Die Gemeinde ist aber nicht dazu da, dass sie für jeden Einzelnen plant und schaut. Auf S. 2 des Antrages des Gemeinderates im zweituntersten Abschnitt muss es statt „demagogische“ „demokratische“ Entwicklung heissen. An dieser Stelle danke ich der Arbeitsgruppe für die gute Zusammenarbeit. Fragen und Anregungen beantwortet Frau Marlies Hartmann, Präsidentin der Arbeitsgruppe.

://: Der Rat stimmt dem Beizug von Frau Marlies Hartmann als Expertin stillschweigend zu.

Gert Ruder: Zum Eintreten. Seit langer Zeit liegt hier eine strategische Vorlage des Gemeinderates, in der man das berühmte Haar in der Suppe erst finden müsste, um zu kritisieren. Lediglich die Verweildauer im Gemeinderat scheint mir etwas lang zu sein mit 8 Jahren ab Aufnahme in das Legislaturprogramm. Aber das, was die Arbeitsgruppe ab dem 11. Dezember 2007 im Kernteam und den Fachteams erarbeitet hat, lässt sich wirklich sehen. Man muss es ja auch, denn schon zur Vernehmlassung sind die richtige Institutionen und Vereine eingeladen worden, nämlich diejenigen, die wissen, wie sich die Altersarbeit in Zukunft entwickeln muss. Kurz: Alle Zielsetzungen sind richtig, die Bevölkerungsentwicklung ist selbstredend und wird richtig interpretiert, alle Massnahmen sind folgerichtig und wo Prognosen Grundlagen bilden, werden diese im Fünfjahresrhythmus überprüft. Im Namen der SP-Fraktion danke ich den Beteiligten für die geleistete Arbeit und empfehle auf das Geschäft einzutreten und das Altersleitbild zur Kenntnis zu nehmen.

Dominik Holenstein: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen begrüsst das vorliegende Altersleitbild. Wir danken allen Beteiligten für die in sehr kurzer Zeit geleistete Arbeit. Das Altersleitbild enthält nach unserer Einschätzungen die wichtigsten Bereiche und es sind auch gute Ansätze vorhanden wie das Case-Management und die Informationsstelle. Diese Instrumente müssen sicher noch verbindlicher beschrieben und auch entsprechend eingeführt und umgesetzt werden. Dazu haben wir bei der Detailberatung noch einige Anregungen. Wir begrüssen auch eine ständige Alterskommission und sind der Meinung, dass in dieser Kommission unbedingt auch unabhängige Fachleute und Personen Einsitz haben müssen. Sonst besteht Gefahr, dass Institutionsvertreter zu stark im Eigeninteresse argumentieren und handeln. Manchmal braucht es dazu übergeordnete Expertenmeinungen, die wertvolle Inputs bringen können. Es ist auch zu prüfen, ob allenfalls Vertreter aus der Politik dort Einsitz nehmen sollen. Wir erwarten gerne eine Konkretisierung des unverbindlichen Leitbildes mit den entsprechenden Massnahmen. Wir sind für Eintreten und Kenntnisnahme.

Rolf Hohler: Auch die SVP-Fraktion ist klar für Eintreten und wir bedanken uns bei allen am Altersleitbild Beteiligten. Auf den ersten Blick erscheint das Altersleitbild eine gute Sache und wir können es auch zu Kenntnis nehmen. Ob wir es zustimmend zur Kenntnis nehmen: Ja. Einige Punkte müssen ausgesprochen werden. Es wird stark auf Freiwilligenarbeit gesetzt und gleichzeitig sollen teure Profis zu Zug kommen; das verstehen wir nicht ganz. Wie begegnet der Gemeinderat den massiv steigenden Kosten, welche die neue Pro Senectute beider Basel verursacht ohne dass mehr geleistet wird? Weiter muss die Informationsstelle für die Bevölkerung zwingend im Dorf bleiben. Wir sind überzeugt, dass die Spitex der richtige Weg und Ort sind. Sie kennen die Kunden und sind mit Ihnen in Kontakt. Der Weg zur Spitex wird kürzer sein. Auch wir erwarten, dass die Alterskommission politisch breiter abgestützt wird als die hier eingesetzte Arbeitsgruppe, was zu einer besseren Abstützung führt. Wir sind für Eintreten und stimmen der Vorlage zu.

Stefan Löw: Auch die FDP hat Freude an diesem Altersleitbild. Ich persönlich habe es mit Spannung gelesen, ist es doch ein Papier, das uns Alle in absehbarer Zeit betreffen wird und so früh Einblick zu erhalten und allenfalls Massnahmen zu ergreifen oder Anregungen zu geben, die uns später selber betreffen, ist sehr angenehm und beruhigend. Herzlichen Dank an die daran Beteiligten. Es ist heute die dritte Vorlage, die enorm viel Arbeit zu ihrer Erstellung gefordert hat und wenn die Vorlagen in solch einer Qualität kommen, gibt es wenig zu Reden und nur zu Loben. Wir sehen hier eine grosse Herausforderung und es ist eine Vernetzung von Allem erforderlich. Es ist nun an der Kommission, diese Vernetzung zu vollziehen und ich glaube im Gegensatz zur SVP, dass diese Kommission nicht unbedingt politisch, sondern fachlich besetzt sein muss. Es müssen Personen darin sein, die nahe am Puls sind und die Vernetzung auch bewerkstelligen und in Bewegung setzen. Damit steht und fällt das Ganze. Ältere Personen haben oft Mühe, sich mit komplizierten Verhältnissen ausei-

inanderzusetzen und es ist praktisch, wenn dies nahtlos funktioniert. Damit ist eine Konstanz gegeben, die laut Bericht vorgesehen ist und angestrebt wird. Dies werden wir unterstützen und auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Als grosse Aufgabe, die wir von der FDP mittragen und unterstützen wollen, ist das Bereitstellen von Wohnraum für altersgerechtes Wohnen und dies wird mit Sicherheit ein Bedürfnis von uns Allen sein. Die Wohnstrukturen müssen so aufgebaut sein, dass es möglich ist, bis ins hohe Alter die Selbständigkeit zu erhalten. Dies bedingt eine Anpassung der Infrastrukturen auf diese besonderen Bedürfnisse. Für diese Zwecke sind Landmöglichkeiten vorhanden, wie an der Veranstaltung Pratteln bewegt erwähnt wurde. Wir bitten sie darum, wenn eine solche Vorlage kommt, diese eingehend zu prüfen um eine möglichst optimale Lösung zu erreichen. In diesen Sinn sind auch wir für Eintreten und Kenntnisnahme und bedanken uns herzlich bei allen Personen, die daran gearbeitet haben.

Olga Aeberhard: Die CVP bedankt sich ganz herzlich für diese Vorlage; es ist wirklich etwas Tolles, was hier erarbeitet wurde. Wir finden es auch toll, dass bei der Vernehmlassung so viele Institutionen einbezogen wurden. Eines vermissen wir noch: Organisationen ausländischer Bevölkerungsteile (Italiener als Beispiel) haben auch alte Leute, es sollten auch diese Personen noch mit einbezogen werden. Weiter fehlt hier ein Tageszentrum, zu dem betreute Personen gebracht werden können. Dies sollte relativ leicht ohne ein neues Gebäude, vielleicht im Adler, möglich sein. Dies ist eine Anregung von mir.

Christin Schäublin stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Dominik Holenstein: Wie bereits erwähnte, hier noch einige Anregungen für das Altersleitbild und dessen Umsetzung: Bei den Zielsetzung sind sehr viele Formulierungen mit „soll“ beschrieben. Wir sehen hier eher „müssen“, weil „soll“ unverbindlicher ist und eine grössere Verbindlichkeit vorhanden sein muss. Bei den Kosten steht explizit, dass möglichst geringe Zusatzkosten entstehen sollen. Die Kosten sind ein wichtiger Punkt; wir sehen jedoch, dass Effizienz und Wirksamkeit für eine Massnahme gegeben sein muss und dies hat seinen adäquaten Preis und langfristig ist das Billigste nicht immer das Beste. Beim Punkt 4 Sensibilisierung der Gesundheitsarbeit und Freiwilligenarbeit schlagen wir vor, zu prüfen, ob es allenfalls sinnvoll ist, freiwillige und präventive Hausbesuche bei der älteren Bevölkerung einzuführen. Diese Methode zeigte an anderem Ort gute Resultate und Ziel ist, die Autonomie der Senioren zu fördern, damit sie länger zu Hause bleiben können. Zum Punkt 5 Leben zu Hause begrüssen wir die Förderung der Projekte begleitetes Wohnen und alternative Wohnformen. Wir hätten dazu gerne eine verbindliche Strategie und erwarten beispielsweise auch für die Quartierpläne verbindliche Auflagen für gezielte altersgerechte Wohnungen. Grundsätzlich braucht es hier eine klare Zielsetzung, denn die ältere Bevölkerung soll so lange als möglich zu Hause leben und der Heimeintritt darf oder muss erst an letzter Stelle erfolgen. Dies hat auch Konsequenzen auf die Zielsetzungen der finanziellen Ressourcen, dass man beispielsweise im Bereich Spitex mehr macht und damit ein längeres Leben zu Hause ermöglicht. Zu Punkt 6 Pflege und Betreuung: Wir begrüssen die Einführung des Case-Management, haben aber noch zu wenig Informationen, wie dies umgesetzt werden soll. Sinnvoll wäre der Einsatz des Case-Managements als zentrales Steuerungs- und Betreuungsinstrument und der Informationsstelle angegliedert. Damit könnten auch die Inanspruchnahme von Leistungen und die vorhanden Ressourcen besser gesteuert und koordiniert werden und auch komplexe Situationen von Anfang an gut beraten und begleitet werden. Das hat Konsequenzen auf den Punkt 7 Information und Beratung. Wie erwähnt müsste die Koordinationsstelle mit gut ausgebildetem Fachpersonal betrieben werden. Es sollten auch Personen sein, die Pratteln sehr gut kennen und auch die Angebote und in der Gemeinde vernetzt sind. Wir danken für die Kenntnisnahme und freuen uns, wenn einzelne Punkte aufgenommen werden.

Mario Puppato: Ich spreche als Senior einer Wohngenossenschaft in der das Durchschnittsalter vor wenigen Monaten noch 75 Jahre gewesen ist. Mir hat es den Magen umgedreht, als ich gesehen habe, was hierin steht. Toll, sensationell, was hier steht: „Die Sensibilisierung und das Wecken einer frühzeitigen Motivation, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner mit der Planung der Wohnsituation im Alter beschäftigen...“. Toll und Alle stimmen dem zu. Später heisst es „Zielsetzung; Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen die Wahl zwischen verschiedenen Wohn- und Lebensformen im Alter haben ...“. Das unterstützen wir Alle und sind begeistert. Seit 8 Jahren kämpfen Max Hippenmeyer und ich darum, dass wir zusammen im Alter leben und Pikettdienst haben und Pflege und einander betreuen und helfen. Weiter heisst es hier „Anreize für altersgerechte Wohnbauprojekte, Genossenschaftliche und private Initiativen fördern durch günstige Baurechtszinsen usw.“ Wir bezahlen CHF 42.00 pro Jahr; nicht für das Land sondern Zins pro m2. Man kann solche Sachen schreiben, aber wenn man die Wahrheit anschaut, dann frage ich mich, was dieses Leitbild wert ist, wenn Jemand, der etwas realisiert, so durch den Dreck gezogen wird, dass eine Bank sagt, wir geben Euch keine Hypotheken mehr, weil ihr so viele Baurechtszinsen an die Gemeinde zahlen müsst. Es ist schön, Etwas zu schreiben, aber handelt auch danach und macht etwas.

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich danke für alle lobenden Worte für das Leitbild. Wir haben versucht, ein möglichst gutes Leitbild zu machen und nehmen alle ihre Anregungen auf und besprechen diese in der Arbeitsgruppe und machen dem Gemeinderat entsprechende Anträge. Gerade zu Mario Puppato: Wenn er sich aufregt, alt werden, für sich schauen ist Aufgabe jedes Einzelnen und es ist toll, was ihr das macht. Es werden noch viele Andere so etwas machen müssen, denn der Staat, die Gemeinde sind für Notsituationen da und nicht dazu, alles aufzuziehen und zu finanzieren. Zum Punkt bezüglich Finanzierung von Fachleuten und Laien: Wir werden sehr klar auf eine Qualitätssicherung schauen, aber wir brauchen nicht überall Fachleute. Wir brauchen in der Nachbarschaft Leute, die auf einander aufpassen und dazu braucht es keine Hochschulausbildung. Wir werden versuchen, eine möglichst gute Basis zu schaffen, aber wir müssen es gemeinsam machen und nicht nur Konzepte zu erstellen und Leute anzustellen. Wir müssen uns nach den Finanzen richten; es werden sehr viele alte Leute kommen. Neueste Untersuchungen zeigen, dass alleine schon mit Prävention und mehr Bewegung sehr viel weniger Leute ins Pflegeheim müssen. Zielsetzung ist, dass die Leute möglichst lange zu Hause bleiben mit einer gut ausgebauten Spitex, mit einem qualitätsbezogenen Case-Management. Eine Vermischung vom Case-Management und Informationsstelle gibt es nicht, weil beides sehr unterschiedlich ist. Aber dies ist dann Arbeit vom Kommission und Gemeinderat.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Altersleitbild der Gemeinde Pratteln wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2582

Bewilligung eines Kredites von CHF. 1'807'600.— für den Bau Kreisel Knoten Künimatt

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Dezember 2008

GR Rolf Wehrli: Im Juni soll der wichtigste Kreisel der „Perlenkette“ begonnen werden. Ich beantrage Ihnen die Bewilligung des entsprechenden Kredites für die einzel-

nen Kreisel und speziell über den Kunimattkreisel. In unseren Amtsstuben, beim Kanton und der Gemeinde, wurde schon viel geplant, geändert und verschoben (Interpellation an der Dezembersitzung über die Kreisel). Verschieben unter Anderem auch wegen der Euro 08 letztes Jahr. Jetzt soll der Kreisel realisiert werden. In der Vorlage ist Alles weitgehend umschrieben. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse zu Dreiviertel bzw. fast zu 80% und der Kanton hat das Projekt auch ausgearbeitet. In der Zwischenzeit ist dieses Projekt auch rechtskräftig, und der Einwohnerrat darf oder muss den Kredit zur Realisierung frei geben.

Christoph Pfirter: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir sind alle froh, dass der Kreisel endlich kommt, ob mit oder ohne Auto. Auch der Bus fährt dort und wird immer wieder behindert und steht im Stau. Ein Kreisel funktioniert so gut, wie der Verkehr in ihm fliesst. Man merkt, dass der Abfluss Richtung Autobahn ein grosses Problem ist und nicht nur am Samstag, wenn Ikea eine Aktion hat, sondern auch unter der Woche. Bei einem Kreisel wird der Verkehr noch flüssiger und es könnte zu einem Rückstau bis zur Autobahn führen. Ich bitte den Gemeinderat, Druck zu machen, dass man beim Kreisel bei der Autobahn unten bei der Einfahrt Richtung Basel und Zürich, vorwärts macht. Auch die von der SVP entwickelte Idee einer Entlastungsstrasse Richtung Dürrenhübel sollte forciert werden. Aquabasilea wird in der nächsten Zeit eröffnet und die dortigen Investoren möchten dieses nicht leer haben und die Werbetrommel rühren. Ich hoffe, wir können den Gemeinderat animieren, hier vorwärts zu machen.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Eintreten. Bemerkungen: 1. Der Gemeindebeitrag finanziert sich aus den Strassenbeiträgen. Wir möchten wissen, ob die Strassenbeiträge ausschliesslich in Strassenverkehr oder auch in Langsamverkehr investiert werden. 2. Ist während der Bauphase vorgesehen, flankierende Massnahmen zu treffen, damit kein Schleichverkehr durchs Dorf geht? 3. Man kann einen Kreisel bauen und den Verkehr verflüssigen. Gleichzeitig sollte auch die Anzahl Fahrten reduziert werden; nur so kann man langfristig eine Lösung dieses Verkehrsproblems erreichen.

Werner Graber: Auch die SP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Es ist zu hoffen, dass die Bauarbeiten wie vorgesehen ausgeführt werden können und die Belastungen in den Quartierstrassen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Nach der Inbetriebnahme hoffen wir, dass der Rückstau von der Autobahn her nicht den Kreisel blockiert sondern abfliessen kann. Wir hoffen dass der Kanton bzw. jetzt der Bund den Grosskreisel in Angriff nimmt und nicht ins Unendliche hinausschiebt. Wir stimmen auch dem Kreditantrag zu.

Christin Schäublin stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

GR Rolf Wehrli: Grundsätzlich sind wir Alle der Meinung, dass der Kreisel realisiert werden kann und ich möchte die Bemerkungen beantworten. Gibt es besondere Massnahmen, damit während der Bauzeit der Verkehr einerseits flüssig gehalten werden kann, andererseits der Schleichverkehr kein grosses Ausmass erreicht? Wir gehen nicht davon aus, dass es mehr Verkehr geben wird. Wenn man von MuttENZ Richtung Pratteln fährt, gibt es 2 Möglichkeiten. Entweder bleibt man auf der Spur und fährt Richtung Kreisel weiter oder man fährt Richtung Lachmatt über die Brücke nach Pratteln hinein. Wir haben dies auch schon bei anderen Anlässen (Bauvorhaben usw.) gemerkt. Vor allem der Weg durch das Dorf wird mehr benutzt. Dies liegt in der Natur der Sache und lässt sich nicht vollständig verhindern. Beim Kreisel selber sind Massnahmen vom Kanton vorgesehen, wie der Verkehr während der Bauzeit geleitet werden soll. Hier ist der Kanton zuständig. Bereits in MuttENZ wird der Verkehr Richtung Pratteln geleitet; wir wollen vermeiden, dass zu viel Schleichverkehr im Dorf ist. Es geht auch um die Kreuzung bei der Post. Dort ist abends zu viel Verkehr und man kommt kaum vom Stopp weg. Hier ist eine Verkehrslenkung denkbar, damit es flüssig

bleibt. Dies ist noch nicht abgesprochen und ausdiskutiert. Frage zum Mitleinsatz aus den Sonderbeiträgen: Wenn es Strassen betrifft, bei denen der Langsamverkehr betroffen ist, wird dies auch aus den Sonderbeiträgen bezahlt.

Urs Hess: Wir haben noch einige Sachen aufgebracht betreffend Verbindung Hardmatt Dürrenhübel und auch die Frage des grossen Kreisels über der Autobahn. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob er schon beim Kanton und dem ASTRA vorstellig geworden ist oder was er dies zu machen gedenkt.

GR Rolf Wehrli: Wir beantworten diese Fragen gerne, wie wir es Ende des letzten Jahres bereits im Rahmen der Interpellation der SVP gemacht haben. Hardmatt Dürrenhübel ist eine Planung des Kantons; wir sind regelmässig mit dem Kanton in Kontakt und dies könnte durchaus wieder ein Thema werden. Wir kommen auch regelmässig mit dem Baudirektor des Kantons zusammen. Auch bezüglich Autobahnkreisel sind wir mit dem Kanton in Kontakt und werden uns dort auch mit den Postulaten des Einwohnerrates bemerkbar machen. Wir üben sanften, aber bestimmten Druck aus.

Bruno Baumann: Eine Frage an den Gemeinderat: Wenn man feststellt, dass der Schleichverkehr dermassen in gewissen Quartieren zunimmt, dass die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner und vor allem der Schülerinnen und Schüler nicht mehr gewährleistet ist, gibt es hierzu ein Konzept oder Massnahmen? Es muss doch ein Notfallkonzept geben, damit unsere Sicherheit gewährleistet ist.

GR Rolf Wehrli: Die Sicherheit ist nach wie vor gewährleistet; es wird sicher nicht so weit kommen, dass die Sicherheit nicht gewährleistet ist. Ich kann mir zwar spontan nicht vorstellen, dass einzelne Quartierstrassen gesperrt werden. Zusammen mit dem Kanton und unserer Gemeindepolizei müssen wir schauen, wie sich der Schleichverkehr im Verlauf des Baues entwickelt. Denkbar ist auch der Einsatz von Security, wie man an anderem Ort sieht und die Verkehrsführung lenkt. So etwas kann ich mir spontan vorstellen. Ich kann ihnen versichern, falls der Schleichverkehr zunehmen sollte, bis die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet ist: Wir werden vorher einschreiten.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: Der Kredit von CHF 1'807'600.— für den Bau des Kreisels Kunimatt wird bewilligt (Verbuchung über Investitionskonto 620.501.09).

Geschäft Nr. 2579

Postulat aller Fraktionen betr. „Für die Straffung des Terminplans für Abstimmungs- und Propaganda-Versände Gemeinde Pratteln 2008 – 2009“

Aktenhinweis

- Postulat aller Fraktionen betr. „Für die Straffung des Terminplans für Abstimmungs- und Propaganda-Versände Gemeinde Pratteln 2008 – 2009“ vom 12. Dezember 2008

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist für Überweisung wir werden schauen, dass wir so rasch als möglich die Forderungen so umsetzen können, dass alle Parteien

Zeit für ihre Versände haben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es Euch auch recht ist, wenn die Propaganda später kommt. Hierzu gab es früher eine andere Meinung.

Stephan Ackermann: „Später“ finde ich nicht unbedingt besser. Was ich persönlich besser finde, was hier nicht explizit erwähnt wird, ist die Frage, ob wirklich der Gesamtgemeinderat hierüber befinden muss. Die Kriterien sind eigentlich klar und es stellt sich die Frage, ob nicht die Verwaltung alleine entscheiden kann, ob es gedruckt wird oder nicht. Dann muss es nicht an einer Gemeinderatssitzung angeschaut und behandelt werden.

GP Beat Stingelin: Dies ist eben eine gesetzliche Auflage für den Gemeinderat. Das ganze Abstimmungsprozedere ist beim Gemeindepräsident angesiedelt und damit auch beim Gemeinderat. Darum wird es durch den Gemeinderat behandelt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2579 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2580

Postulat von Ch. Zwahlen betr. „Beitrag an Gemeinde für Strassenschäden“

Aktenhinweis

- Postulat von Ch. Zwahlen betr. „Beitrag an Gemeinde für Strassenschäden“ vom 14. Dezember 2008

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat bittet sie, das Postulat nicht zu überweisen. Begründungen: 1. Laut Strassengesetz Art. 23 Abs. 1 lit. b müssen die Gemeinden für die Gemeindestrassen und laut Art. 32 Abs. 2 der Kanton für die Kantonsstrassen aufkommen. An dieser Trennung will der Gemeinderat nicht rütteln, weil der Schuss auch nach hinten los gehen könnte. Wir sind froh, dass der Kanton in der Vernehmlassung zum Finanzausgleichsgesetz den öV ganz übernehmen will und das dient uns besser. 2. Für den Gemeinderat Pratteln ist es nicht möglich, Änderungen des Strassengesetzes direkt vorzunehmen. Dies müsste entweder über den Landrat oder eine Gemeindeinitiative erfolgen. Ein positives Resultat scheint dem Gemeinderat Pratteln sehr ungewiss. Der Gemeinderat möchte das Problem auf andere Art angehen, nämlich über die Eindämmung des Schwerverkehrs auf Gemeindestrassen und auch eine bessere Kostenteilung bei kombinierten Strassenvorhaben wie sie es gerade vorher gesehen haben, wo der Kanton für den Kreisel 60% übernimmt und die Gemeinde nur 40%. Darum noch ein Mal die Bitte, das Postulat nicht zu überweisen.

Christoph Zwahlen: Ich persönlich finde es schade, dass sich der Gemeinderat nicht darum bemühen will, in welcher Form auch immer, Anteil an der Schwerverkehrsabgabe zu erhalten. Wenn man nun anschaut: 1. Die Gemeinde kann sicher nicht alleine etwas gegen kantonale Gesetze und Vorschriften machen, aber man kann sich mit Anderen zusammentun, sodass man trotzdem zum Ziel kommt. 2. Wenn ich nun höre, dass der Kanton 60% an einen Kreisel bezahlt obwohl er 75% der Strasse besitzt, dann finde ich das ein „grossartiges“ Angebot. Wieso bezahlt der Kanton nicht $\frac{3}{4}$ der ihm gehörenden Strassen? Geschichtlich gesehen hat sich dies Alles auf einer anderen gesetzlichen Grundlage abgespielt. Den 40-Tonnenkorridor gibt es nicht mehr. Warten wir doch, bis es einen 60-Tonnenkorridor gibt. Die EU beschäftigt sich mit der Zulassung von 60-Tönnern. Und wenn die nordischen Länder

und Holland sich dafür einsetzen -wie lange sperrt sich Deutschland noch dagegen?- dann kommen diese 60-Töner bis an unsere Landesgrenze. Unsere Schweizer Politik zeichnet sich nicht gerade dazu aus, dass sie sich EU-Regeln entgegen stellt und der Bund in einem ersten Schritt einen 60-Tonnekorridor eröffnet. Dann haben wir dasselbe Problem auf einer neuen Ebene. Wir können warten, bis es so weit ist, aber dies finde ich schade. Und wir sollten uns bemühen, an solche Gelder heran zu kommen. Der Auftrag an den Gemeinderat lautet ja „Abzuklären, auf welche Weise die Gemeinden entschädigt werden könnten“ und sich auch dafür einzusetzen. Man sollte sich ein Mal darum bemühen und nicht von vorne herein sich gar nicht darum bemühen. Der 3. Punkt ist ein Vorschlag, dass man sich zusammentun könnte. Vielleicht gibt es auch bessere Wege und dies ist in der Frage 1 abzuklären. Darum bitten wir um eine Überweisung.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen die Überweisung dieses Postulates. Es handelt sich um eine typische Zwängerei der Grünen. Die Gemeindeinitiative ist abgelehnt und nun kommt man mit einem „Alten Hut“. Wenn man hier etwas erreichen will, müsste dies über den Kanton und den Bund laufen und nicht die Gemeinde etwas selber „wursteln“. Wir sind nicht für Überweisung dieses Postulates.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion ist mehrheitlich nicht für eine Überweisung. Zu Punkt 1 Abklärung auf welche Weise, geht die SP-Fraktion davon aus, dass die Gemeinde sowieso ausserordentliche Leistungen bei den Strassen beim Kanton zur Diskussion bringt und schaut, dass generell für ausserordentliche Leistungen eine Entschädigung kommt und nicht nur für die Strassen. Wir gehen davon aus, dass dies der Gemeinderat macht. Der Gemeinderat muss sich sowieso auf jedem Gebiet beim Kanton für eine Entschädigung einsetzen und zu prüfen, ob eine sinngemässe Gemeindeinitiative den Kanton zum Handeln verpflichtet, ist tatsächlich so. Wir haben gerade letztes Jahr dem Rückzug einer solchen Initiative zugestimmt. Wenn wir jetzt schon wieder eine Initiative initialisieren, bin ich nicht sicher, ob dies durch Pratteln geschehen soll. Es ist ja nur halb glaubwürdig, eine Initiative zurück zu ziehen und direkt danach eine neue zu machen, die in dieselbe Richtung geht.

Mario Puppato: Die FDP hat ähnlich argumentiert wie Kurt Lanz von der SP. 2 Ergänzungen: Wir stehen dem Anliegen des Postulates sehr wohlwollend gegenüber und haben gesagt „Jawohl, dies ist ein Problem und es ist schlecht, dass wir für Sachen bluten müssen, die wir nicht wollen“. Aber wir sehen keine Chance mit einer Überweisung des Postulates die Ziele zu erreichen. Wir machen dem Gemeinderat nur unnötig Arbeit und deshalb -bei allem Wohlwollen gegenüber dem Problem- sind wir gegen eine Überweisung des Postulates.

Benedikt Schmidt: Für diejenigen, die sich nicht mehr an den genauen Wortlaut der Novembersitzung erinnern, heisst es: „Wenn ihr wirklich etwas vom Gemeinderat möchtet, (das hat ein Gemeinderat gesagt) reicht ein Postulat ein. Der Gemeinderat sieht keine Handhabe, beim Kanton vorstellig zu werden, die Gemeindestrassen zu zahlen. Vom Gemeinderat aus bringt das überhaupt nichts“. Diese Worte erklären: Wenn der Gemeinderat will oder man ihn auffordert, kann man etwas erreichen.

Der Rat beschliesst mit 29 : 6 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2580 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage von Eva Keller betr. „Schneeräumung Fusswege Kultur- und Sportzentrum“

1005 15.00

GR Rolf Wehrli: Wir möchten uns entschuldigen; die Räumung dieses Fussweges ist schlicht und einfach bei der Schneeräumung vergessen gegangen. Dies als Einstieg zur Antwort; insbesondere bei Jenen, die dort durchgegangen sind. Zu den Fragen: Als ich zuerst gelesen habe „Die Strassen-Schneeräumung in unserer Gemeinde lässt keine Wünsche offen“ dachte ich Was soll das, ist das ein Lob? Es ging nun aber um einen Fussweg und nicht die Strasse. Zur Frage 1: *Wer ist für die Räumung der beiden sehr häufig benutzten Fusswege zuständig?* Dies ist die Gemeinde und die Ausführung erfolgt durch den Werkhof. Eine Rücksprache mit dem Werkhof hat ergeben, dass -wenn noch ein mal Schnee kommt- wir das besser machen werden. Frage 2: *Gibt es nachhaltige Gründe dafür, dass diese zwei Wege nicht geräumt wurden?* Es gibt keine nachhaltigen Gründe, dies wurde vergessen wir entschuldigen uns noch ein Mal. Frage 3: *Ist es nicht so, dass für den Unterhalt von öffentlichen Wegen die Gemeinde verantwortlich ist und dies auch die Schneeräumung betrifft?* Ja, dies ist so.

Eva Keller stellt keine Zusatzfragen.

Die Sitzung wird um 20.45 Uhr beendet

Pratteln, 4. Februar 2009

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass